

In der Sozialpolitik wachsen die Probleme; Lösungen sind blockiert. Der einzige dynamische sozialpolitische Bereich scheint der Finanzbereich zu sein, wo regelmässig Sparaufträge und Sparpakete zu erfüllen sind.

So kann es nicht weitergehen! Gesellschaftspolitische Probleme werden vor allem in den Städten manifestiert. Hier ist der Druck auf Problemlösungen am höchsten, der Handlungsbedarf dringlich.

# Sozialpolitisches Manifest aus grüner und urbaner Sicht

November 2004

Als grüne Sozialvorsteher/innen der Städte Bern, Luzern, Schaffhausen und Zürich kennen wir die sozialen Handlungsfelder genau. Mit diesem Manifest setzen wir 10 Aktionspunkte auf die politische Agenda.

Die Prozesse auf Bundes- und Kantonebene dauern zu lange, wir müssen die Probleme *jetzt* angehen. Um sie zu bewältigen, braucht es *jetzt* die Innovation, braucht es *jetzt* die Investition, braucht es *jetzt* die Kompetenz zum Handeln. Wir wollen die Debatte *jetzt* eröffnen und nachhaltig führen.



Therese Frösch  
Bern



Ruedi Meier  
Luzern



Thomas Feurer  
Schaffhausen



Monika Stocker  
Zürich

## 10 Aktionspunkte >

## **(Soziale) Sicherheit ist die Grundvoraussetzung für das Zusammenleben in den Städten**

### **1. Integration statt Sozialhilfe und Berentung**

Immer mehr Menschen leiden unter der Segregation und benötigen Sozialhilfe oder eine IV-Rente. Diese Entwicklung darf nicht zu einer Berentung ganzer Bevölkerungsteile führen. Die Einkommenssicherung soll in den Kantonen und Gemeinden garantiert und als dynamische Integrationsmassnahme ausgebaut werden. Der Bund hat seine Verantwortung wahrzunehmen und sich bei den Integrations- und Unterstützungsmassnahmen auch finanziell zu engagieren.

### **2. Sicherheit und Lebensqualität im Alter**

Der Verfassungsauftrag der angemessenen Existenzsicherung durch die Leistungen der 1. Säule muss erfüllt werden. AHV und Ergänzungsleistungen haben im Alter ein Leben in Würde zu garantieren. Ein flexibles Rücktrittsalter zwischen 60 und 65 Jahren soll möglich werden. Die Flexibilisierung hat positive Wirkungen auf die Lebensqualität der Arbeitnehmenden. Arbeitgebende müssen sich für solche Lösungen auch finanziell engagieren.

### **3. Sicherheit im öffentlichen Raum**

Weder die Wegweisung von Personen noch mehr Polizei und Repression allein machen Städte sicher. Es braucht gerade im urbanen Raum soziokulturelle und sozialräumliche Begegnungsorte, damit soziale Sicherheit und Kontrolle möglich bleiben. Dazu sind der Staat, aber auch NGOs und zivilgesellschaftliche Gruppen aufgerufen; sie sollen professionell begleitet, aber nicht vereinnahmt werden.

## **Jeder Mensch braucht eine Chance auf dem Arbeitsmarkt, immer wieder**

### **4. Bildung und Arbeit statt Fürsorge**

Vollbeschäftigung ist keine Realität mehr. Die Appelle an die Motivation und den Leistungswillen jener, die der Arbeitsmarkt nicht mehr aufnimmt, sind demütigend und ungerecht. Es braucht mehr: Der Staat allein kann diese Aufgabe nicht bewältigen. Die staatlichen Institutionen und die Bildungsfachleute müssen zusammen mit Wirtschaft und Gewerbe verpflichtet, aber auch unterstützt werden, damit bestehende Angebote ausgebaut und ergänzt werden können. Mehr Ausbildungsangebote zur Sicherung des Einstiegs junger Menschen in die berufliche Praxis sind unerlässlich. Städte sind mehr als Arbeitsplatzstandorte: Arbeitswelt und Lebensalltag bedürfen sinnvoller Verknüpfungen.

### **5. Gemeinschaftsdienst**

Keine Gesellschaft lebt qualitativ gut von Lohnarbeit und Markt allein. Gerade in den Städten gibt es viel Arbeit, die ohne den Einsatz von ehrenamtlichen HelferInnen und ohne Milizsystem weder in der Quantität noch in der Qualität von heute vom Staat geleistet werden könnte: Qualitäten von Zeit und Zuwendung kommen hier zum Tragen.

Einsätze im Gemeinwesen sind soziokulturelle Integrationsmassnahmen und Lernfelder für viele neue Erfahrungen mit grossem Nutzen für beide Seiten. Militärdienstpflichten sollen vermehrt in Form von Gemeinschaftsdiensten geleistet werden. Die Städte sollen Strukturen für die Abwicklung regelmässiger Einsätze schaffen.

## **Investition in die Integration ist wirksamer als Repression**

### **6. Migration ist Realität**

Migration als weltweite Realität benötigt eine vernetzte Bundes- und eine Weltinnenpolitik, die unter Einhaltung der internationalen Konventionen zu Menschen- und Flüchtlingsrechten Asyl und Migration aus humanitären Gründen zulässt. Die strukturellen Fragen der Migration müssen über international abgestützte Lösungen angegangen werden. Leitlinie ist die Agenda zum Flüchtlingsschutz des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge UNHCR.

### **7. Temporäre Integration – eine neue fachliche Herausforderung**

Die besondere Herausforderung der Städte ist es, Menschen auch temporär zu integrieren, wohl wissend, dass Weiterreise häufig ist. In der Zeit, wo Menschen hier sind, ist es unabdingbar, sie in Bildung, Arbeit und Gemeinschaftsdienste zu binden. Schengen und Dublin ohne Regelungen und Strukturen für die temporäre Integration lösen die Probleme nicht. Neue Lösungen für den Bereich der Nichteintretensentscheide sind dringlich.

Einfache, rasche und transparente Verfahren sind ebenso wichtig wie die Schaffung von Strukturen, die Überlebenshilfe im Einzelfall ermöglichen. Temporäre Integration führt in den in hohem Mass betroffenen Städten zur Stabilisierung der zeitlich begrenzten Aufenthaltssituation und ermöglicht ein menschenwürdiges Dasein in Sicherheit sowie die Entlastung des öffentlichen Raums. Finanziell dürfen sich Bund und Kantone nicht aus der Verantwortung stehlen.

Mit temporären Integrationsmassnahmen kann die Zeit der Abklärung der Rückkehrchancen und -risiken sinnvoll überbrückt werden. Es braucht die präventive Entwicklungszusammenarbeit: sie trägt zur Stabilisierung der Situation bei. Nötige Repressionsmassnahmen sind über das geltende Strafrecht durchzuführen.

## **Gesundheit, Pflege, Therapie: Sinnvolle Rechtsgrundlagen – gesicherte Finanzierung**

### **8. Die Grundvorsorge ist gesichert und sozial finanziert**

Die Krankenversicherung muss sozial finanziert werden. Das qualitativ auf hohem Niveau stehende Gesundheitsversorgungssystem soll für alle erhalten bleiben. Der Rückgang der Finanzierungsanteile der öffentlichen Hand in der Spitalfinanzierung ist mitverantwortlich für den Anstieg der Kopfprämien in der Krankenversicherung. Die steuerfinanzierten Anteile im Gesundheitsbereich dürfen nicht mehr weiter zurückgehen. Ausserdem müssen die Vor- und Nachteile der Einheitskasse umfassend und rasch geprüft werden.

### **9. Kranke und Pflegebedürftige sind materiell abgesichert und nicht diskriminiert**

Menschen können in jedem Lebensalter krank oder behindert werden; sie brauchen gerade für diese Zeit materielle Sicherheit ohne Diskriminierung.

Eine bedarfsorientierte Finanzierung der Pflege soll Teil des Sozialversicherungssystems sein. Der Bund ist zuständig für die Ausgestaltung der Ergänzungsleistungen, die – in Entlastung der Krankenversicherung – zum Teil als Pflegeversicherung auszugestalten ist. Die Finanzierung muss aus Steuermitteln im Rahmen des Generationenvertrags und als Solidaritätsbeitrag für Menschen mit Behinderung erfolgen.

### **10. Der Drogen- und Suchtbereich benötigt klare Rechtsgrundlagen**

Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes mit wirksamen Jugendschutzbestimmungen und klaren Regeln für betäubungsmittelgestützte Behandlungen ist dringend nötig. Ein gutes Gesetz schützt die Jugend besser als ein nicht angewandtes.

Sinnvolle Drogenpolitik in den Städten ist abhängig von praxisnahen Rechtsgrundlagen. Gerade im städtischen Raum sind die Drogen- und Suchtprobleme nicht durch Wegschauen zu lösen. Die traumatischen Erfahrungen der 90er Jahre dürfen sich nicht wiederholen. Entwicklungen bei den Stoffen und deren Gebrauchsformen (Designerdrogen, Konsumformen von Heroin und Kokain) sind rechtzeitig zu erfassen. Auf Bundesebene müssen entsprechende Massnahmen ergriffen werden.

# A

# B

# C